

Fall 12-13-2018

Islamophobie im Modernen Deutschland

Logan Burum

Follow this and additional works at: https://scholar.umw.edu/student_research

Recommended Citation

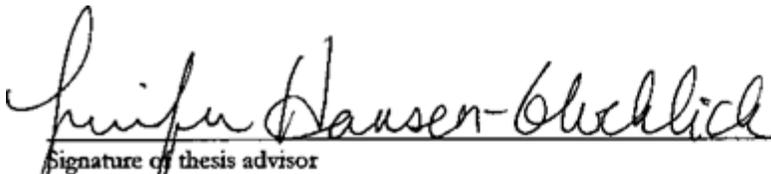
Burum, Logan, "Islamophobie im Modernen Deutschland" (2018). *Student Research Submissions*. 293.
https://scholar.umw.edu/student_research/293

This Honors Project is brought to you for free and open access by Eagle Scholar. It has been accepted for inclusion in Student Research Submissions by an authorized administrator of Eagle Scholar. For more information, please contact archives@umw.edu.

Departmental Honors

DEFENSE OF HONORS THESIS

This is to certify that Logan Burum has successfully presented and completed the defense of the honor thesis entitled "Islamophobie im Modernen Deutschland" in fulfillment of the requirements for Departmental Honors in German.

 Signature of thesis advisor 12/5/18
Date

 Signature of thesis committee member 12/5/18
Date

 Signature of thesis committee member 12/5/18
Date

 Signature of department chair 12/5/18
Date

Islamophobie im Modernen Deutschland

Logan Burum

I. EINLEITUNG

Die Normen der Mehrheitskultur mischt sich in die Integration der Muslimen in Deutschland ein, und daher ist es schwieriger für diese Leute ein Ziel zu erreichen. Mit diesen Schwierigkeiten haben politische Entscheidungsträger ihre Ideale von einer multikulturellen Gesellschaft fast total vergessen. Sie sehen die Sitten und Gebräuche dieser anderen religiösen Kultur als den Schwerpunkt, aber sie nehmen keine Rücksicht auf ihre eigene säkulare Engstirnigkeit. Diesen Politiker und ihre Gefolgschaft von dem gleichgesinnten Teil der Gesellschaft wollen, dass die neue muslimische Bevölkerung sich die säkulare deutsche Kultur zu Eigen machen, weil sie das muslimische Glaubenssystem für rückständig und gefährlich halten. Sie zwingen dieser Gruppe ihr beschränktes Verständnis von Kultur auf und mischen sich in ihre menschlichen Rechte ein.

In diesem Aufsatz untersuche ich die historischen Untermauerungen der aktuellen interkulturellen Spannungen, die in Deutschland existieren. Damit werde ich die Gründung von islamophobischer Ideologie suchen. Ich untersuche, wie diese Ideen Popularität gefunden haben -vor allem-, in einem Land, das verängstigt ist, seine Nazi Geschichte zu wiederholen. Ich werde soziologische Konzepte benutzen, um die Situation besser zu verstehen und um aktuelle Entwicklungen zu kritisieren. Ich werde die islamophobische Gesinnung der rechtsextremen politischen Partei Alternative für Deutschland (AfD) nachfragen, nebst der Begründung des „Zusammenlebens“ in dem berüchtigten Fall des Burkaverbots, S.A.S. gg. Frankreich, um die Quellen dieser Ideen zu verstehen.

Politikern begegnen oftmals einem Konflikt zwischen zwei Pflichten: zwischen der Pflicht, die Rechte der Minderheiten zu schützen und der Pflicht, den Willen der Mehrheiten zu

fördern. Aber als eine kleine Minderheit, weniger als zehn Prozent, braucht die muslimische Bevölkerung die Hilfe ihrer Vertreter mehr als andere Bevölkerungen. Muslimische Rechte sind immer mehr himmelschreiend ignoriert als voreingenommene Empfindungen immer offener und etablierter werden. Zum Beispiel: die politische Partei AfD bekam in 2017 12,6 Prozent der Stimmen nach nur 0,0 Prozent in 2009 (Tagesschau 2017). Immer mehr Deutsche und Europäer überall fördern Politiker, die ihre ethnozentrischen, säkularen Normen auf Muslimen zu erzwingen versuchen. Wenn muslimische Rechten in demselben Umfang wie die Rechten der „ethnischen“ Deutschen nicht anerkannt sind, dann breiten wir den Weg für einen weiteren großen ethnischen Konflikt.

II. HISTORISCHE HINTERGRUND

Ungefähr fünf bis sechs Prozent der Bevölkerung in Deutschland ist muslimisch: das bedeutet etwa 4,4 bis 4,7 Millionen Leute (Halm, et al 2017). Diese große muslimische Bevölkerung hatte Deutschland zuerst durch das Gastarbeiterprogramm am Ende des Zweiten Weltkriegs kennen gelernt (Barker 2017). Nach der Errichtung der Berliner Mauer hatte Westdeutschland kaum genug Arbeiter, die in den Fabriken arbeiten und die Wirtschaft wiederaufzubauen können (Barker 2017). Deutschland verabschiedete viele Abkommen mit verschiedenen Ländern im Süden Europa, und dabei bekam das Land tausende native Arbeiter von allen diesen Ländern, um vorläufige Stellen zu besetzen (Barker 2017).

Das Programm war ein großer Erfolg. Das Jahr 1956 begrüßt den ersten Gastarbeiter in Deutschland und im Jahre 1964 kam der millionste (Burkhardt 2012). Größtenteils lief alles wie geplant. Arbeiter aus Italien, Spanien, Portugal, und den meisten anderen beteiligten Ländern kehrten in ihre Heimatländer am Ende ihrer individuellen Verträge zurück (Barker 2017). Aber

die Programmvermittler, Politiker, und die breite Öffentlichkeit haben bald gelernt, dass die neuen türkischen Arbeiter Deutschland ihr neues Zuhause machen wollten. Die meisten Leute kamen aus der armen, religiösen konservativen Region von Anatolia, und haben bald entdeckt, dass sie bessere Lebensmöglichkeiten in Deutschland hatten (Barker 2017).

Es ist nicht oft in der deutschen Geschichte passiert: das Land, musste jetzt die Herausforderung überwinden, eine Gruppe von Leuten anzunehmen die nicht „ethnisch“ deutsch waren (Barker 2017). Diese Leute waren nicht nur von der anderen Seite Europas, sondern sie hatten auch eine total andere religiöse Geschichte. Deutschland, jetzt beim Säkularisieren, bekam eine neue große muslimische Bevölkerung, die exponentiell in nur fünfzig Jahre multipliziert.

In den 2011 eskalierenden Spannungen zwischen der syrischen Regierung von Bashar al-Assad und verschiedenen anderen militanten Gruppen wurden mehr als sieben Millionen syrische Bürger aus ihrer Heimat verdrängt und mehr als drei Millionen aus Syrien insgesamt (Ostrand 2015). Jedes Jahr nachher flohen immer mehr Asylbewerber nach Europa auf der Suche nach Sicherheit, weg von ihrem kriegsgebeutelten Heimatsland. Tatsächlich hatte Deutschland bis Jahre 2015 Asyl zu mehr als sechzig tausend Flüchtlingen gewährt, und seitdem ist diese Zahl nur gestiegen (Ostrand 2015). Schweden, die Türkei, das Vereinigte Königreich, und viele andere europäische Länder haben Hunderttausende Flüchtlinge während dieser Krise zusammen gewährt (Ostrand 2015). Damit können wir sehen wie schnell die demographische Zusammensetzung dieses ganzen Kontinentes sich ändern kann. Diese Änderungen stellen nicht nur eine einmalige Herausforderung dar, sondern auch bieten den politischen Entscheidungsträgern eine interessante Gelegenheit, diese steigende muslimische Bevölkerung in die europäische Gesellschaft zu integrieren.

III. DIE FRAGE DER STAATSBÜRGERSCHAFT

Deutschland wurde zum ersten Mal die Aussicht der Integrationspolitik in der achtziger vorgelegt, als die Demographien sich in verschiedenen Wegen gleichzeitig änderten. Zusätzlich zu der Präsenz dieser neuen Einwanderer, änderten die eingeborenen Deutschen ihre familiären Lebensgewohnheiten. Um diese Zeit fängt die Deutschen an, später zu heiraten und weniger Kinder zu haben (Barker 2017). Die Bevölkerungsgröße des eingeborenen Deutschen stagniert, und wenn die Lebensgewohnheiten der Einwanderer sich nicht ändern, wird ihre Bevölkerungsgröße weiter zunehmen. Das deutsche Parlament will diese numerischen Änderungen mit einer neuen Multikultipolitik umfassen. Der Begriff „multikulti“ bezieht sich auf die Idee von einer Koexistenz unter eingeborenen Deutschen und den Einwanderern (Barker 2017). Das Ziel war einfach genug aber die Durchführung davon war überhaupt nicht so einfach.

Diese Entwicklung der Einwanderbevölkerung bietet der deutschen Geschichte neue Perspektiven und Erfahrungen. Dies war eine Gruppe die unterschiedlichen Erfahrungen im Vergleich eingeborenen Deutschen hatten, und das hätten die Deutschen mindestens verstehen können. Mit diesem Missverständnis präsentiert sich das Bedürfnis, etwas verbindend zwischen den beiden Gruppen zu finden. Am direktesten wäre es, den Einwanderern das Wahlrecht zu geben. Damit könnten sie sich Gehör verschaffen und ihre Stimme aus erster Hand dem Regierungsprozess geben; ihre Anliegen und ihren Willen könnten dann gehört und anerkannt werden. Allerdings wurde dieses Recht nur für die die Staatsbürgerschaft genießen erhalten (Barker 2017). Also, um im Ganzen teilnehmen zu können, müssen die Einwanderer Staatsbürgerschaft bekommen, aber dieses Ziel ist auch schwer zu gelangen.

Um diese Schwierigkeiten zu verstehen, müssen wir zuerst das Konzept von Staatsbürgerschaft in Deutschland allein verstehen. In diesem Kontext wurde Bürgerschaft mit dem Konzept von Ethnizität verwoben. Ethnizität könnte jemand's Mitgliederstatus zu einer Gruppe durch gemeinsame Abstammung, Religion, und so weiter bestimmen, und kann dann mit dem Kontext, in dem man sich findet, ändern (Stanford 2017). Als Deutschland zum ersten Mal im Jahre 1871 vereinigt war, war es Ausschluss, der den Deutschen hilft ihre Identität zu verstehen (Barker 2017). Die, die nicht „ethnisch“ deutsch waren, wurden aus der deutschen Gesellschaft ausgeschlossen. Diese Tradition diente später als juristischer Vorrang für eine Politik der *jus sanguinis*. *Jus sanguinis* war eine Methode der Staatsbürgerschaftserlangung, die niemandem Staatsbürgerschaft schenkte, ohne dass die Eltern des Bewerbers „ethnisch“ deutsch waren (Burkhardt 2012). Diese Politik ist bis zum späten zwanzigsten Jahrhundert fortgetrieben, bis Deutschland unter externem Druck stand, ihre Gesetze zu liberalisieren und das Einbürgerungsverfahren einfacher für Migrantinnen zu machen.

Druck von der Europäischen Union zusammen mit Schuld wegen des Zweiten Weltkriegs und die Entschlossenheit, keine rassistisch aufgeladenen Konflikte wieder zu erlauben, überzeugte das deutsche Parlament langsam das juristische System zu ändern um ein einfacheres Einbürgerungsverfahren für die Muslimen zu schaffen (Barker 2017).

Sie haben angefangen, ihr Einbürgerungsverfahren abzuändern, um einen einfacheren Zugang zu Integrationsressourcen zu ermöglichen (Barker 2017). Daneben hat der Gerichtshof muslimische Parteien in juristischen Streiten bevorzugt (Wade 2018). Diese Veränderungen wurden alle mit der Hoffnung vorgenommen, dass sie Spannungen der deutschen muslimischen Erfahrung vermindern konnten.

Einer der wichtigsten Aspekte dieser Bemühungen sind die Lösungen der Beschränkungen des Einbürgerungsverfahrens, die mit dem Staatsangehörigkeitsgesetz in Jahre 2000. Dieses Gesetz hat die Zahl von Jahren gemindert, die für Einbürgerung benötigt sind. Nachher muss man nur acht statt fünfzehn Jahre in Deutschland wohnen (Baker 2017). Ebenso dürfen die Kinder von ausländischen Eltern, die in Deutschland geboren sind, automatische Staatsbürgerschaft genauso wie die „ethnischen“ Deutschen genießen (Baker 2017).

Aber die Erlangung dieser Rechte bedeutet nicht, dass Staatsbürgerschaft für alle einfacher zu bekommen war. Zum Beispiel hat das Staatsangehörigkeitsgesetz den Prozess für manche Leute einfacher gemacht aber es führt auch zu mehreren Beschränkungen. Doppelte Staatsbürgerschaft, wenn man zum Beispiel die Staatsbürgerschaft in Deutschland und in einem Land außerhalb der Europäischen Union behalten will, wurde verboten (Barker 2017). Daneben hat die Einbürgerung verschiedenen Voraussetzungen benötigt, sowie wirtschaftliche Unabhängigkeit (wobei man keine finanzielle Hilfe von der Regierung bekommen darf), und notwendige Punktzahlen auf Sprache- und Staatsbürgerschaftsprüfungen (Barker 2017). Diese zusätzlichen Voraussetzungen fungieren als einen Kompromiss für gegensätzliche Seiten, die die Funktion der Einbürgerung in der Integrationspolitik debattiert haben.

Auf einer Seite der Debatte waren linksgerichtete Parteien wie die SPD, die an die oben erwähnten Ideen glauben. Sie denken, dass die Staatsbürgerschaft eine notwendige Voraussetzung für erfolgreicher Integration ist, weil sie die volle Teilnahme an der Gesellschaft ermöglicht (Barker 2017). Wiederum waren rechtsgerichtete Parteien wie die CDU zögerlich solche Rechte zu gewähren. Sie finden, dass solche Rechte erworben sein soll und Staatsbürgerschaft eine Belohnung zur erfolgreichen Integration in die deutsche Gesellschaft sein soll (Barker 2017).

Allerdings müssen die Migranten jetzt die folgende Frage angehen: wie können sie sich ohne diese bürgerliche Rechte integrieren? Muslime genießen einfach nur Aufenthaltsrecht, und haben beschränkte Privilegien, der Staatsbürgerschaft enthaltet. Sowohl ihre Wahlrechte werden beschränkt, als auch ihre Fähigkeit Beamten zu werden (Barker 2017). Migranten, die nicht eingebürgert sind, können nicht in den verschiedenen Arten von Regierungs- oder Erziehungsbereichen arbeiten. Diese Bestimmung führte zu schwer beschränkten Berufsaufsichten. Für viele Familien bedeutet das, dass die Eltern nur Niedrigeinkommenspositionen finden können und ihre schwierigen Umständen nicht verbessern können. Damit ist es schwer für sie, diese Integrationserwartungen zu erfüllen um, die deutsche Gesellschaft einzutreten.

IV. MUSLIMISCHE „PARALLELE WIRTSCHAFTEN“

Die daraus resultierenden Umstände dieser Politik ergeben eine Realität, die eine negative Vorstellung unter eingeborenen Deutschen anregen kann. Manche fragen sich, ob die muslimische Bevölkerung überhaupt integrieren kann. Politiker wie Wolfgang Schäuble halten Deutschland für „kein Einwanderungsland“ als immer mehr Deutsche gescheiterte Versuche von muslimischen Migranten beim Integrieren zusehen (Casdorff 2006). Sie glauben, eine zweite Gesellschaft außerhalb ihrer eigenen zu sehen eine Gesellschaft mit ausgeprägten Sitten und Gebräuchen. Aber das, was sie nicht sehen, sind die Schwierigkeiten, für die ihre eigene Regierung verantwortlich ist und wie diese getrennten Gesellschaften einfach eine Reaktion darauf sind.

Die muslimische Gesellschaft schafft unfreiwillig etwas wie „parallele Wirtschaften“ als eine Reaktion auf diese Beschränkungen (Barker 2017). Wenn sie keine Jobs außerhalb ihrer

Gemeinschaften finden können, dann schaffen sie die Jobs selbst. Aber der Rest der Gesellschaft versucht nicht, das zu verstehen und als Folge davon glauben sie, dass die Muslime keine Lust zu integrieren haben. Manche davon sehen keinen Grund für Integrierungsversuche, weil sie fast alles, was sie brauchen, innerhalb ihrer „parallele Wirtschaften“ haben (Burkhardt 2012). Aber die meistens Deutschen, die das Problem als etwas anderes sehen – das heißt als etwas, was die Muslime absichtlich gewählt haben, hegen eine negativere Anschauung von den Muslimen und denken, dass ihre Kultur zu Engstirnigkeit führt.

Zum Beispiel haben zahlreiche Vertreter der Alternative für Deutschland Partei (AfD) öffentlich angegeben, dass sie Muslimen für nicht integrierbar in der europäischen Gesellschaft halten. Während eines Interviews, sagte Frauke Petry, der AfD Parteiführer, dass „die Grundlage [Islams] ist nicht mit Demokratien vereinbar“ und, dass die Muslime die „nicht zu [deutschen] Traditionen anpassen“ sollen „zurück gehen“ und ihre Traditionen „außerhalb Deutschlands und außerhalb Europas“ weiterführen (Euronews 2016). Noch ein anderer Vertreter, Pressesprecher Roger Schmidt sagt in einem anderen Interview, dass das Problem mit Einwanderung ist, dass „nicht jeder wirklich integrieren [will]“ (BBC News 2016). Schmidt sagte weiter, dass „man wissen [muss] vor man hier einwandert, dass man [Christentum] entsprechend akzeptieren muss“ (BBC News 2016).

Mit diesen Aushängeschildern als die Stimme islamophobischer Empfindung wurden voreingenommene Ideen normalisiert und ebenso popularisiert. Mit so einer Plattform; werden diese Ideen weitergetragen bis sie so gut bekannt werden, dass es fast normal zu vergessen sei, dass solche Ideen die Rechten von anderen verletzen. In dieser vergangenen Bundestagswahl bekam die AfD 12,6 Prozent der Stimmen von dem 76,2 Prozent der Bevölkerung, die gewählt hat, wenn im Vergleich zu der Bundestagswahl im Jahr 2009, als sie überhaupt keine Stimmen

bekommen hat (Tagesschau 2017). Das macht sie das Drittgrößte überall hinter der CDU und der SPD (Tagesschau 2017). Mit so einer schnellen Entwicklung können wir nicht sagen was für einen Einfluss rechtsextreme Gruppen in der nähen Zukunft haben könnten, und wie schnell die Rechte von Minderheiten total aufgehoben sein könnten.

Trotzdem dieser Aufschwung von rechtsextremer Popularität gibt es immer noch die sozialprogressive Politik, die für die Rechte gefährdeter Gruppen noch kämpft.

V. VERSUCHE NACH „ALLEGEMEINE GLEICHBEHANDLUNG“

Regierungsgesetze und Vorschriften existieren, um zu sichern, dass Institutionen nach den Rechten und Interessen allen Leuten handeln. Einer dieser Gesetze ist das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), dass

„das Ziel [verfolgt], den Grundsatz der Gleichbehandlung von Menschen ungeachtet ihrer ethnischen Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer religiösen Zugehörigkeit oder Weltanschauung, ihrer Behinderung, ihres Alters oder ihrer sexuellen Identität in nationalem Recht zu verankern“ (Egenberger 2010).

Das AGG stellt die gesetzlichen Grenzwerte der organisierten Praktiken dar, die als diskriminierend interpretiert sein könnten, die Verpflichtungen der Arbeitgeber und solche andere Personen, diese Rechte abzusichern; und wortwörtlich welche Rechte abgesichert sind (Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2018). Zum Beispiel: Beschwerderechter haben

„das Recht, sich bei den zuständigen Stellen des Betriebs, des Unternehmens oder der Dienststelle zu beschweren, wenn sie sich im Zusammenhang mit ihrem Beschäftigungsverhältnis vom Arbeitgeber, von Vorgesetzten, anderen Beschäftigten oder Dritten wegen [aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität] benachteiligt fühlen“ (Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2018).

Es ist wichtig, solche präzisen Regeln zu haben, die genau die Rechte der Menschen beschreiben, weil grundlegende Gesetze einfach zu umfassend sind und mehrdeutig in dem Gerichtshof sein können. Als Ergebnis davon, könnten diese Rechte in diesen Situationen

weggenommen werden. Um das zu illustrieren, werde ich zuerst diese Regeln darlegen und dann werde ich zeigen, wie sie im Fall von S.A.S. gg. Frankreich interpretiert wurden, um die muslimischen Kopfbedeckungen Niqabs und Burkas zu verbieten obwohl so ein Verbot zahlreiche Menschenrechte verletzt.

VI. MUSLIMISCHE GESETZTLICHE RECHTE

Allen Leuten haben Rechte, die juristisch geschützt sind. Meinungsäußerungsfreiheit; Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; und ein Diskriminierungsverbot sind allgemein dank des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, der Europäische Menschenrechtskonvention, und des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte gesichert (Parlamentarischer Rat 1949; Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 1948; die Vereinte Nationen 1966). Diese Gesetze sind im Gerichtshof anerkannt und die Beachtung der Gesetze kann die Praxis dieser Rechten fördern oder behindern. Damit ist es wichtig, den Inhalt der Gesetze genau zu verstehen, um auch verstehen zu können wie sie ausdrücklich benützt werden kann.

Die Europäische Menschenrechtskonvention ist die Sammlung der unveräußerlichen Menschenrechten, die aus einem Teil des Europäischen Rates, als den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bekannt, bestimmt ist (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 1948). Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte ist ein Vertrag, der von den Vereinten Nationen geschrieben war und der benötigt, dass alle ihre Unterzeichner die bürgerlichen und politischen Rechte aller Leute respektieren. Die beiden sind rechtsverbindlich und als Unterzeichner für beide, muss die deutsche Regierung diese Regeln in der Bildung und Förderung von öffentlicher Politik folgen (Wade 2018).

Artikel neun der Europäischen Menschenrechtskonvention, Artikel vier des Deutschen Grundgesetzes, und Artikel achtzehn des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte haben alle Glaubens- oder Religionsfreiheit garantiert (Parlamentarischer Rat 1949; Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 1948; die Vereinte Nationen 1966). Zum Beispiel; der zweite Teil des achtzehnten Artikels des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte erklärt, dass

„Niemand einem Zwang ausgesetzt werden [darf], der seine Freiheit, eine Religion oder eine Weltanschauung seiner Wahl zu haben oder anzunehmen, beeinträchtigen würde“ (Vereinte Nationen 1966).

Mit Fällen wie S.A.S. gg. Frankreich und anderen in denen jemand's Religionsfreiheit beeinträchtigt ist, muss man verstehen warum es so wichtig sei, dass Religion total geschützt ist. Religion schafft einen großen Teil der Identität und des Zugehörigkeitsgefühls eines Menschen. Moralkodexen dieser Religionen beeinflussen die Weltanschauungen der Menschen auf der ganzen Welt. Damit gibt es keine einfache Trennung zwischen einer Person und deren Glaubenssystem. Islam, sowie andere Religionen, steckt seinen Claim in Bezug auf alle Teile des Lebens ab. Die Religion schafft einen Moralkodex, der jemanden durch alle individuellen Bereiche des Lebens führen kann. Das Verhalten eines Menschen in einem Bereich seines Lebens wird von seinem Verhalten in den anderen Bereichen seines Lebens beeinflusst: die politischen, kulturellen, und religiösen Bereiche sind alle mit einander gemischt (Michaels 2017). Damit hat der Praxis des religiösen Verhüllens gleichzeitige Bedeutung in zahlreichen Bereiche. Verhüllen ist beide religiös und politisch und verschiedene Interpretationen der Bedeutung des Verhüllungsgesetz sind oftmals mit spezifischen islamischen Regierungen gebunden (Michaels 2017). Deswegen ist das eindringliche Entfernen des Verhüllens davon behindert die Meinungsäußerung eines Menschen auf unterschiedliche Ebenen. Der erste Teil

des neunten Artikels der Europäischen Menschenrechtskonvention schützt die Freiheit der religiösen Meinungsäußerung für eine individuelle Person:

„[das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit] umfasst die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu wechseln, und die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung einzeln oder gemeinsam mit anderen öffentlich oder privat durch Gottesdienst, Unterricht oder Praktizieren von Bräuchen und Riten zu bekennen“ (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 1948).

Alle Leute haben nicht nur das Recht religiöser Meinungen zu haben, sondern auch das Recht sie zu äußern. Zusammen mit dem oben erwähnten Gesetz, wobei man keine andere Person Anschauung zwingen zeigen, gehört dazu das Gesetz, dass religiöse Anschauungen eine Gesellschaft nicht juristische bedrohen dürfen. Zusätzlich sind Problemen mit muslimischen Meinungsäußerungen einfach symbolisch. Es gibt ein Konzept in der Soziologie, die „Symbolische Bedrohung“ heißt. Dies ist die Angst vor “Symbolen, nationaler Vereinigung, oder Kulturwerte“ die aus einer anderen Kultur kommen und die man nicht versteht (Ciftci 2012).

Diese Angst vor dem Unbekannten führt zu einer, Beschwerde von der die Mehrheit der nicht-muslimischen Bevölkerung überwindet wird. Und wenn genug Leute diese Beschwerde teilen, ist es dann einfacher, eine Mehrheit gegen eine unbekannt Gruppe aufzuhetzen. Die Not, diese Mehrheiten vor ihrer Angst zu schützen, übermannt die Rechte der Minderheiten.

Damit kommt das Diskriminierungsverbot, das mit dem vierundzwanzigsten Artikel des Internationaler Pakts über bürgerliche und politische Rechte und dem vierzehnten Artikel der Europäischen Menschenrechtskonvention versichert ist (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 1948; die Vereinte Nationen 1966).

„Der Genuss der in dieser Konvention anerkannten Rechte und Freiheiten ist ohne Diskriminierung insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt oder eines sonstigen Status zu gewährleisten“ (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 1948).

Die Frage eines Burkaverbots allein ist ein himmelschreiendes Zeichen der Diskriminierung. Aber die religiöse Präferenz der überwältigenden Mehrheiten hat Vorrang vor den grundlegenden Menschenrechten den Muslimen. Aber wie ist das passiert? Alle diese Gesetze haben Ausnahmen um das Interesse der „öffentlichen Sicherheit“ zu schützen. Der dritte Teil des achtzehnten Artikels des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische erklärt, dass

„die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu bekunden, nur den gesetzlich vorgesehenen Einschränkungen unterworfen werden [darf], die zum Schutz der öffentlichen Sicherheit, Ordnung, Gesundheit, Sittlichkeit oder der Grundrechte und -freiheiten anderer erforderlich sind“ (Vereinte Nationen 1966).

Wenn, wegen einer religiösen Anschauung einer Person glaubte, die Öffentlichkeit angreifen zu müssen, dann natürlich würde die Religionsfreiheit an zweiter Stelle zur Sicherheit der Gesellschaft stehen. Aber das Gesicht zu decken führt nicht zu einem solchen Problem in allen Situationen. Natürlich in manchen Situationen, wie im Flughafen oder bei einer bestimmten Art von Regierungsstelle, muss man ihr Gesicht zeigen, damit Offizielle wissen können, dass die Leute keine Kriminelle sind. Aber die Ausnahmen für diese Situationen werden ausgedehnt und ausgenutzt, um bedrückende Politik zu führen.

VII. DAS BURKAVERBOT UND DAS ZUSAMMENLEBEN

Dieser Fall begann als ein französisches Burkaverbot, das die Religionsfreiheit einer Niqabtragenden muslimischen Frau verletzt (Wade 2018). Zu dieser Zeit, hatte Frankreich ein breit gefächertes Verbot, wobei keine Burkas in der Öffentlichkeit durften getragen werden (Wade 2018). Aber auf der Basis der öffentlichen Sicherung und des „Zusammenlebens“

entscheidet der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dass so ein Verbot juristisch vertretbar ist (Wade 2018).

Der einzige vertretbare Teil davon ist die öffentlichen Sicherheit, und wie ich vorhergesagt habe, muss ein Verbot nicht so einen großen Einfluss haben, um das zu erreichen. Die Klägerin war selbst anpassungsfähig und hat kein Problem, ihre Burka auszuziehen für Situationen wie Sicherheitschecken:

“Sie behauptet nicht, dass sie den Niqab bei Sicherheitskontrollen, auf Flughäfen oder in Banken anbehalten lassen können sollte und sie stimmt zu, ihr Gesicht zu zeigen, wenn sie dazu für notwendige Identität Kontrollen aufgefordert wird” (S.A.S. gg. Frankreich 2014).

Auch in diesen Situationen, können Flughafen und Regierungsstellen billige Lösungen finden, wie zum Beispiel private Zimmer, um einen privaten Platz für solche Leute anzubieten. Auf diese Art und Weise brauchen die Verhüllten nicht von dem Rest der Gesellschaft gesehen zu werden und für den Sicherheitscheck würde ihre Identität kein Geheimnis sein. Aber das wird nur einen Teil des Problems lösen.

Zwecks der Schaffung eines Verbots von Burkas und anderen religiösen Abdecken, in Situationen in denen jemandes Glaubenssystem keine direkte Bedrohung ist, sehen wir, dass die französischen Vertreter eine Phrase oder eine Formulierung prägen, die bald mit anderen europäischen Vertreter heiß beliebt wird.

Die breit benutzte Phrase „Zusammenleben“ wird als der “Respekt für einen Mindestbestand an Werten für eine offene und demokratische Gesellschaft“ benutzt (S.A.S gg. Frankreich 2014). Aber diese Phrase hat verschiedene Bedeutungen unter verschiedenen Leuten. Was bedeutet das Wort „offen“ in „offene Demokratische Gesellschaft“? Was bedeutet „Respekt“ und „Respektlosigkeit“ in Bezug auf den „Mindestbestand an Werten?“ Welche

„Werten?“ Werten sind oftmals mit Religionen eingemischt, also bedeutet das, dass wir in diesen Situationen den christliche Moralkodex folgen, weil es die grundlegende Religion den Mehrheiten ist? Oder ändern wir den Moralkodex mit jeder Situation, abhängig von den Religionen den beteiligten Personen? Ideen wie „Zusammenlebens“ müssen klare Grenzen haben, wenn sie in den Gerichtshof zu benutzen sind. Ansonsten werden sie immer mehr Rechten von unschuldigen Personen aufheben. Schöne klingende Ideen haben schon Vorrang vor menschlichen Rechten nach diesem Fall, aber wo wird es enden?

Die Idee des „Zusammenlebens“ fängt mit der Idee an, dass Burkas, Niqabs, und andere Methoden des Verhüllens Kommunikation hemmen, und dass wir Kommunikationen brauchen, um zusammen in einer Gesellschaft zu leben (Wade 2018). Das Argument davon ist auf der Rhetorik einer schöneren Zukunft basiert. Die Zuhörer waren so begeistert von diesen Ideen, dass sie vergessen haben, dass es überhaupt keine Basis hat. Sie sagen, dass Kommunikation unmöglich ist, wenn man kein Gesicht sehen kann, aber wir haben kein Problem beim Kommunizieren mit dem Telefon oder mit E-Mail (Michaels 2017). Der Aufgrnd der Logik ist fehlerhaft und wir müssen das verstehen, wenn Ideen wie das „Zusammenlebens“ spürbare Folgen haben, weil sie die Rechte von anderen wegnehmen. Fehlerhafte Prozesse werden immer mehr Probleme in unserer Gesellschaften auslösen, bis wir keine Rechte mehr zu stützen haben.

VIII. DIE KULTURELE TRENNUNG

Diese Probleme werden nicht weg gehen, bis die Stimmen der Minderheiten gehört werden. Wir haben bis jetzt gesehen, dass die Mehrheit für diese Leuten nicht sprechen wird, weil ihr eigenes engstirniges Interesse ihnen wichtiger sind.

Leute von diesen zwei Kulturen werden vielleicht nie die Welt auf die gleiche Art und Weise sehen. Zum Beispiel werde jemand, der nicht muslimisch ist, eine friedliche Utopie als eine sehen, in der die religiösen Überzeugungen von Leuten kein Einfluss auf die Gesellschaft legten. Aber Muslime werden sich vielleicht diese gleiche friedliche Utopie anders vorstellen: als eine, die von muslimischen Moralien vereinigt ist. Wir wissen wirklich nicht was für andere Personen am besten sei, weil wir nicht diese Personen sind. Damit kann jemand der Mehrheit wirklich nicht sagen, was progressiv oder besser für die Integrationsversuche den muslimischen Einwanderern ist. Das kann nur sie sagen.

Diese Idee von „Zusammenlebens“ bedeutet, dass die Regierungen Europas mehr von den Muslimen bitten, als sie von den anderen Bürgern oder Einwohnern können (Michaels 2017). Die Muslime müssen nicht nur dem Gesetz folgen, sondern auch ihr Glaubenssystem komprimieren. Dies ist das direkte Resultat der Unfähigkeit und des Desinteresses des Restes der Gesellschaft diese neue Kultur zu akzeptieren.

IX. DIE ANDEREN DEUTSCHEN

Um zu verstehen, warum der Rest der deutschen Gesellschaft die muslimischen Einwanderern nicht akzeptieren, benutze ich ein Paar Konzepte der Soziologie. Um anzufangen, eine notwürdige Idee geht um das Konzept der Innengruppen und Ausgruppen. Eine Innengruppe besteht aus den Menschen, mit denen das Subjekt etwas Gemeinsames hat. Was Gemeinsames ist, kann Religion, Ethnizität, oder etwas Ähnliches sein – es hängt von der spezifischen Situation ab. Die Ausgruppe ist das direkte Gegenteil. Zu der Ausgruppe gehören alle, die aus der Perspektive des Subjekts mit ihnen nichts Gemeinsames haben. Die Theorie der Sozialidentität behauptet, dass Menschen Innengruppen auf der Basis einer Idee von

Kameradschaft schaffen. Diese Kameradschaft führt dazu, dass Menschen sich mit anderen vergleichen, und diese Vergleichen führen zu diesen Vorurteilen (Ciftci 2012).

Ein anderer Grund für diese Vorurteilen der Mehrheiten, hat etwas mit realistischer und symbolischer Bedrohung zu tun. Realistische Bedrohung ist die Erkenntnis einer „existenziellen“ Bedrohung, die mit „politischer oder wirtschaftlicher Kraft verbunden ist oder zu den physischen oder materialen Wohlbefinden den Innengruppenmitglieder oder die Innengruppe selbst“ (Ciftci 2012).

Eine realistische Bedrohung sehen wir in der Darstellung von Migranten in den Medien. Normalerweise, wenn wir Muslime in den Nachrichten oder auf einer Sendung sehen, sind sie immer Terroristen (Ciftci 2012). So eine populäre Darstellung bringt den Zuschauern, wenn sie weniger Verständnis von Religion haben, die Idee ein, dass alle oder am mindesten die meisten Muslimen Terroristen sind (Ciftci 2012). Eingeborene Deutsche können dann denken, dass diese neuen Migranten für Gewalt anfällig sind wenigstens mehr als die mittelmäßigen, nicht muslimischen Personen. Dieser Verdacht wird sich als Angst manifestieren und das ist oftmals ganz unbewusst (Ciftci 2012). Damit können die manchen Leute Parteien wie AfD zustimmen ohne himmelschreiende rassistisch zu sein. Wegen dieser Angst mag es tröstlich sein, von den Plänen für die schwierigen Integrationsprozesse für Migranten zu hören.

„Symbolische Bedrohung“ wiederum bedeutet die Angst von “Symbolen, nationaler Vereinigung, oder Kulturwerten“ die aus einer anderen Kultur kommen, die man nicht versteht (Ciftci 2012). Symbolische Bedrohung erlaubt die Innengruppe zu glauben, dass ihre Sitten und Gebräuche bedroht sind. Wir können das in der Steigerung der Zahl von Muslimen in Deutschland und in der Verminderung der Zahl von eingeborenen, säkularen Deutschen erkennen (Barker 2017).

Ein Beispiel der symbolischen Bedrohung kann in Fall des deutschen Widerstands gegen das potenzielle Hinzufügen der Türkei in die Europäische Union gesehen werden. Zu dieser Zeit hat die Europäische Union kürzlich beschlossen, dass sie hauptsächlich eine „wertorientierte“ kulturelle Vereinigung sein soll, das heißt, sie soll eine kulturelle und ethnische Hauptrolle statt einer wirtschaftlichen spielen (Yeneroğlu 2016). Merkel hat gesagt, dass die Türkei der „Gesellschaft von Werten“ der Europäischen Union wiederzuläuft, weil aktuelle Mitglieder alle „moderne, säkulare“ Länder sind (Yeneroğlu 2016). Der Vertrag wurde mit dem Claim gefördert, dass die Türkei „keinen Platz drinnen des Rahmens dieser Zivilgesellschaft“ hat (Yeneroğlu 2016).

Symbolische Bedrohung existiert auch innerhalb der individuellen Länder der Europäischen Union. In den letzten zehn Jahren sind ausdrückliche Burkaverbote in Frankreich und den Niederländern legalisiert und es gab auch solche Versuche in Österreich und Deutschland (Michaels 2017). Infolge der Flüchtlingskrise wird Europa überall einer der größten Änderungen ihrer Gesellschaft ausgesetzt: die europäischen Länder müssen sich darüber klar werden, wie sie eine neue, große religiöse Bevölkerung in ihren Gesellschaften erfolgreich integrieren können.

Die Bevölkerung der Ausgruppe von verhüllten Frauen vergrößert sich, und damit ist die Innengruppe über die Zukunft, und was die für sie bedeutet. Sie verstehen nicht, was passieren wird oder was jetzt passiert. Sie finden ihr Missverständnis unheimlich und sie empfinden, dass ihre traditionelle Balance bedroht wird. Diese Beschwerde wird sich als das Verabschieden der Gesetz manifestieren, als diese Innengruppe die Unterstützung ihrer Vertreter suchen und diese Gesetze werden die oben erwähnten Menschenrechten behindern können (Wade 2018).

Damit ist es immer wichtiger, den Migranten neue Rechte zu geben. Am wichtigsten wäre das Recht zu wählen, damit sie ihre Bedürfnisse den politischen Entscheidungsträgern äußern können. Wenn wir ihnen diese Rechte verweigern, ignorieren wir ihre Sorgen und Erfahrungen. Eine echte demokratische Gesellschaft muss die Meinungen von so vielen Leuten wie möglich repräsentieren und alle diese Meinungen sollen von Bedeutung sein.

Es ist unheimlich daran zu denken, dass immer mehr rechtsextreme Vertreter Einfluss im Laufe der Zeit bekommen. Rechtsextreme Idealen haben schon Menschenrechte untergraben als wir mit dem Kompromiss des Staatsbürgerschaftsprozesses gesehen haben, und es verängstigt mich, an die Zukunft zu denken.

Es ist die Verwundbarkeit eines anderen Menschen, die einen ethischen Anspruch auf uns legt (Michaels 2017). Allerdings versuchen wir immer wieder, uns von anderen Menschen zu unterscheiden. Damit schränken wir den Umfang unseres Mitgefühlsvermögens ein. So ein Problem scheint, nicht so groß, solange es noch weit weg ist, aber es wird immer größer und immer näher kommen bis wir für die Rechte anderer Menschen kämpfen.

X. FAZIT

Die Normen der Mehrheitskultur mischen sich in die Integration der Muslime in Deutschland ein, und daher ist es schwieriger für diese Leute so ein Ziel zu erreichen. Politische Entscheidungsträger haben der Einwanderungsbevölkerung die Schuld für die Integrationsschwierigkeiten gegeben, aber sie verstehen nicht, dass die falschen Auffassungen ihrer eigenen Innengruppe das echte Problem seien.

Wir haben gesehen, wie Deutschland den Praxis der Diskriminierung erlaubt, wie die Regierung schwierige Umstände für Migranten schafft, und wie die Gesellschaft darauf reagiert.

Diese Reaktionen fördern immer mehr Schwierigkeiten und diese Migranten werden sich in einem Teufelskreise finden. Wenn die Regierung den Migranten mehr Rechten geben und ihre aktuellen Rechte besser schützen würden, wären wir nicht mehr auf den falschen Weg.

BIBLIOGRAPHIE

Antidiskriminierungsstelle des Bundes. "Recht Und Gesetz." Themen Und Forschung.

Aufgerufen 25. November 2018.

http://www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/ThemenUndForschung/Recht_und_gesetz/DasGesetz/dasGesetz_node.html.

Barker, Jennie. "Is Multikulti Dead? Angela Merkel and Immigration Politics in Germany."

Women Leading Change: Case Studies on Women, Gender, and Feminism 1, no. 3 (2017).

BBC News. "Is Germany's AfD Racist?" BBC News. 4. September 2016. Aufgerufen 25.

November 2018. https://www.bbc.com/news/video_and_audio/headlines/37272677/is-germany-s-afd-racist.

Burkhardt, Anja, and Markus Seifert. "The History of the German Gastarbeiter – an Argument

for Australia to Keep the Door Open for Her Guest Workers?" The History of the German Gastarbeiter – an Argument for Australia to Keep the Door Open for Her Guest Workers? 504 (29. Februar, 2012). Aufgerufen 26. November 2018.

https://www.aph.gov.au/parliamentary_business/committees/house_of_representatives_committees?url=mig/multiculturalism/subs/sub504.pdf.

Casdorff, Stephan-Andreas. "„Wir Sind Kein Einwanderungsland"." Der Tagesspiegel.

December 07, 2006. Aufgerufen 30. November, 2018.

<https://www.tagesspiegel.de/politik/wir-sind-kein-einwanderungsland/783936.html>.

Ciftci, Sabri. "Islamophobia and threat perceptions: Explaining anti-Muslim sentiment in the

West." Journal of Muslim Minority Affairs 32, no. 3 (2012): 293-309.

Egenberger, Vera. "Strategische Klagen gegen Diskriminierung - Das AGG ausloten und erweitern." *Rassismus & Diskriminierung in Deutschland* (2010): 63.

Euronews. "On a High - The Rise of Germany's Populist AfD Party." Euronews. 23. September 2016. Aufgerufen 25. November 2018. <https://www.euronews.com/2016/09/23/on-a-high-the-rise-of-germany-s-populist-afd-party>.

Europäischer Gerichtshof Für Menschenrechte. "Europäische Menschenrechtskonvention." Europäischer Gerichtshof Für Menschenrechte. Aufgerufen 30. November, 2018. https://www.echr.coe.int/Pages/home.aspx?p=basictexts&c=#n1359128122487_pointer.

Halm, Dirk, Bertelsmann-Stiftung, und Martina Sauer. *Muslime in Europa: Integriert, aber nicht akzeptiert?* 2017.

Michaels, Ralf. "Banning Burqas: The Perspective of Postsecular Comparative Law." *Duke J. Comp. & Int'l L.* 28 (2017): 213.

Ostrand, Nicole. "The Syrian refugee crisis: A comparison of responses by Germany, Sweden, the United Kingdom, and the United States." *J. on Migration & Hum. Sec.* 3 (2015): 255.

Parlamentarischer Rat. "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland." Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. Juli 2017 (BGBl. I S. 2347) geändert worden ist (1949).

S.A.S gg. Frankreich, § Bsw 43835/11 (2014).

https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Justiz/JJT_20140701_AUSL000_000BSW43835_1100000_000/JJT_20140701_AUSL000_000BSW43835_1100000_000.pdf

Schlaab, Markus. "Realität der Diskriminierung in Deutschland–Vermutungen und Fakten."

Rassismus & Diskriminierung in Deutschland (2010): 27.

Stanford University Press. "Race & Ethnicity." Race & Ethnicity | Gendered Innovations.

Aufgerufen 29. November 2018.

<https://genderedinnovations.stanford.edu/terms/race.html>.

Tagesschau. "Bundeswahl 2017." Tagesschau.de. Aufgerufen 29. November, 2018.

<https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-09-24-BT-DE/>.

Vereinte Nationen, und Abschließende Bemerkungen des Ausschusses für Menschenrechte.

"Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte." *Resolution der Generalversammlung A 2200* (1966).

Wade, Shelby L. "Living Together or Living Apart from Religious Freedoms: The European Court of Human Right's Concept of Living Together and Its Impact on Religious Freedom." *Case W. Res. J. Int'l L.* 50 (2018): 411.

Yeneroğlu, Mustafa. "Political Relations between Turkey and Germany." *Insight Turkey* 18, no. 1 (2016).